

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 148. Ratssitzung vom 28. November 2012**

### **3343. 2012/2**

#### **Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Monika Erfigen (SVP) vom 11.01.2012: Vermehrtes Engagement beim Bund gegen die Aufnahme von zusätzlichen Asyl- suchenden in der Stadt Zürich**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Mauro Tuena (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2188/2012): Es gibt Gemeinden, die dem Bund deutlich kommunizieren, dass sie mit der Asylpolitik des Bundes nicht einverstanden sind. Die Stadt Zürich macht das Gegenteil. Wir verlangen, dass der Stadtrat einen Richtungswechsel vollzieht und sich dafür engagiert, dass der Bund die Asylpolitik strenger regelt und der Stadt weniger Asylsuchende zuteilt.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

***STR Martin Waser:** Der Bund hat Probleme mit dem Asylwesen. Dieses Problem ist erkannt, es ist sinnlos, wenn Gemeinden zusätzliche Probleme schaffen. Wir müssen zur Problemlösung beitragen und die Situation nicht noch zu verschärfen.*

Weitere Wortmeldungen:

***Linda Bär (SP):** Die SVP und die FDP geben vor, sie könnten das Asylproblem lösen. Das Asylgesetz wird seit Jahren verschärft. Dies macht die Situation nur noch schlimmer. Es wird immer Asylsuchende geben, solange die dritte Welt existiert. Wir müssen unsere Verantwortung wahrnehmen.*

***Alan David Sangines (SP):** Es ist unbestritten, dass die Stadt Zürich ein Kontingent erfüllen muss. Wir werden nicht von Asylbewerbern überschwemmt. Das Problem ist, dass die Kapazität auf 10'000 Asylsuchende begrenzt wurde, es aber immer mehr Asylsuchende gab. Durch die Verschärfung des Asylwesens wurde der Missbrauch nicht gestoppt. Die Kompetenz wird künftig von den Gemeinden an den Bund übertragen.*

***Tamara Lauber (FDP):** Wir sind der Meinung, dass die Gemeinden, die für den Vollzug verantwortlich sind, entsprechend Widerstand leisten können. Es gibt auch konstruktive Möglichkeiten, wie man Widerstand leisten kann. Deshalb haben wir einen Textänderungsantrag.*

***Guido Hüni (GLP):** Es geht darum, dass sich die Schweiz für Asylsuchende, die an*

2 / 2

*Leib und Leben bedroht werden, öffnet. Es ist falsch, dass sich die Stadt Zürich gegen etwas stellt, das sie nicht beeinflussen kann. Auch der Textänderungsvorschlag der FDP kann nichts bewirken. Der Bund hat das Problem erfasst.*

**Karin Weyermann (CVP):** *Die Gemeinden müssen ein Kontingent erfüllen. Auch wenn die Stadt Zürich ein Durchgangszentrum erhielte, würde die Anzahl Asylsuchender im Durchgangszentrum dem stadtzürcher Kontingent zugerechnet.*

**Thomas Schwendener (SVP):** *Das Dubliner-Abkommen gilt. Wir müssen diese Asylsuchenden nicht aufnehmen, wenn wir das Abkommen ernst nehmen und durchsetzen. Diejenigen, die tatsächlich Asyl brauchen, können kommen, aber die aktuelle Situation ist untragbar in der Stadt Zürich.*

**Thomas Wyss (Grüne):** *Wir müssen zu einer Problemlösung beitragen. Diese Lösung muss auf Bundesebene erfolgen, beispielsweise über die Wiedereinführung des Botschaftsasyls. Es ist unsere Aufgabe, schwächere Menschen zu unterstützen.*

**Mauro Tuena (SVP):** *Im Gemeinderat können wir die Sache nicht lösen. Wir bringen die Lösungen im Bundesparlament oder durch Volksabstimmungen. Der SP wird das Laichen am Abstimmungssonntag vergehen, da die SP in solchen Fragen beim Volk keine Chance hat, Recht zu bekommen. Die Zahlen kann nicht losgelöst von der Bevölkerungszahl betrachtet werden. Die Schweiz hat prozentual viel mehr Asylsuchende als andere Länder. Das Botschafts asyl hat keine Chance. Wir nehmen den Textänderungsvorschlag an.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er ~~zum Beispiel analog der Aargauer Gemeinde Bettwil~~ beim Bund und Kanton mehr Widerstand gegen die Aufnahme von zusätzlichen Asylsuchenden machen kann.

Das geänderte Postulat wird mit 39 gegen 75 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat